BUNDjugend

A7

Antrag

Initiator*innen: AK Digitalisierung

Titel: **Social Media Verbot**

Antragstext

Die BUNDjugend lehnt die seit 2026 von CDU und SPD geforderte Altergrenze für die Nutzung sogenannter sozialer Medien ab und ist angekotzt über die Ausrichtung der Debatte. Um den Gefahren für Kinder und Jugendliche zu begegnen, müssen Plattformen reguliert werden und junge Menschen durch Bildung zu einer Nutzung befähigt werden, die ihnen nicht nur nicht schadet, sondern auch zur aktiven Teilnahme an der Meinungsbildung ermächtigt.

Digitale Plattformen wie Instagram, Youtube und TikTok haben einen erheblichen Einfluss auf das Leben von uns jungen Menschen. Ihr Content kann Unterhaltung bringen, neue Faszinationen für Themen und Hobbies wecken und Communities schaffen, die im analogen Leben nicht immer so leicht zu finden sind. Auch politisch sind sie für junge Menschen von Bedeutung, denn über Plattformen können z. B. jugendpolitische Themen mehr Aufmerksamkeit erhalten, die in den konventionellen Medien weniger Beachtung finden, und wir können uns sensibilisieren, weiterbilden und durch eigenen Content selbst in Debatten einbringen. Ein Verbot würde außerdem dazu führen, dass junge Menschen ihre alltäglichen Informationsquellen nicht mehr nutzen können und von dem Prozess der Demokratisierung der Medienlandschaft, durch die dezentrale und individuelle Erstellung von Inhalten, ausgeschlossen werden.

Gleichzeitig bergen soziale Medien auch Risiken für Kinder und Jugendliche: Immer mehr Content in einem endlosen Feed raubt uns unserer Zeit, Algorithmen pushen ungesunde Schönheitsideale, gewaltvolle Inhalte und hasserfüllte, Rassistische, sexistische, ableistische, Queerfeindliche Ideologien. Dadurch kann die mentale Gesundheit gerade bei einer starken Nutzung geschädigt werden, Ungleichheit verstärkt und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft gefördert werden.

Plattformen tragen für ihre Nutzenden Verantwortung. Sie sind in der Pflicht, dass ihre Angebote den Nutzenden nicht schaden. Es braucht Regulierung, die das mentale Wohlbefinden der Nutzenden schützt und Hassrede löscht, dieses wird zurzeit von Arbeiter*innen im Globalen Süden gemacht. Die das ohne Psychologische Begleitung machen. Wenn es in den Globalen Norden verlagert wird muss es mit Psychologischer beleitung getan werden. Die Durchsetzung dieser Regeln muss gesichert werden. Zudem

müssen alternativen zu den von Big Tech Konzernen kontrollierten Plattformen geschaffen werden, welche die Interessen der Nutzer*innen in den Fokus stellen (siehe Antrag „Digitale Souveränität“).

Statt Kinder und Jugendliche von diesen Plattformen auszuschließen, braucht es Bildung und Unterstützung. Wenn junge Menschen Medienkompetenz, ein Bewusstsein für Datenschutz und ihre mentale Gesundheit haben, sowie ein soziales Umfeld, welches hilft, mit emotionalen Auswirkungen umzugehen und daraus zu lernen, dann befähigt dies junge Menschen zu einer Teilhabe an Kultur und Meinungsbildung.

Zudem gilt es, die Unabhängikeit von großen Konzernen zu unterbinden, indem unabhängige Netzwerke, wie bspw. das Fediverse durch große Akteuere bewusst beworben werden sollen.